

LEITARTIKEL

Die SPD diskutiert über ihre Zukunft

Abschied vom Sozialklempler

Von Thomas Maron



Wahrlich, die SPD ist in der Krise. Und dies nicht erst, seit am Wochenende das Gerücht in die Welt gesetzt wurde, der Rücktritt von Parteichef Sigmar Gabriel stehe unmittelbar bevor. Das Problem sitzt tiefer, hat auch, aber nicht nur mit Gabriel zu tun, der in der Tat mit einem recht kurvigen Kurs Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Das wissen auch jene, die Gabriel folgen müssten, wenn der Vorsitzende, politisch und gesundheitlich angeschlagen, hinschmeißen würde.

Der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz oder der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz werden seit Monaten als erste Wahl gehandelt. Hätten sie Gabriel stürzen wollen, es wäre längst geschehen. Aber sie scheuen die Herausforderung, weil keiner in der Parteiführung derzeit eine Ahnung davon hat, wie der Sinkflug in den Umfragen gestoppt und zugleich der Unmut in der Partei gelindert werden kann.

Die SPD leidet an sich selbst. An ihrer Vergangenheit. An ihrem Anspruch, Partei der sozialen Gerechtig-

keit zu sein und an der Realität, dass eben dies der SPD immer weniger Menschen abnehmen. Deshalb ist Gabriel den einzig richtigen Schritt gegangen: Er eröffnet die Debatte über die Frage, was die SPD eigentlich ausmacht, lässt die Mitglieder in Foren über Gerechtigkeit im Hier und Jetzt diskutieren, um daraus ein Wahlprogramm abzuleiten.

Das klingt für eine Programmpartei wie die SPD banal, ist es aber nicht. Die Basis, zutiefst beunruhigt und aufgebrannt, ist kaum berechenbar. Die Diskussionen sind für den geschwächten Vorsitzenden daher schwer zu steuern. In einer Zeit, in der die SPD gemeinsam mit der Union Regierungsverantwortung trägt, ist das hochriskant. Denn viele Mitglieder geben der SPD nur dann eine Zukunft, wenn die Partei das Rad zurückdreht und die Sozialstaatsreformen der Agenda 2010 komplett rückabwickelt.

Viele sehnen sich nach Opposition, sind das Kleinklein der Kompromissfin-

dung mit ungeliebten Partnern leid und wollen sich stattdessen wieder lieber in großen Ideen sonnen, die vielleicht auf SPD-Parteitag mehrheitsfähig sind, nicht aber in Deutschland. Die Partei läuft deshalb Gefahr, endgültig in der Nische linker Sozialstaatsromantik zu verkümmern, wenn sie sich in grenzenlosem politischem Narzissmus wieder nur einzig und allein mit sich selbst, der eigenen Historie und nicht mit der Zukunft beschäftigt.

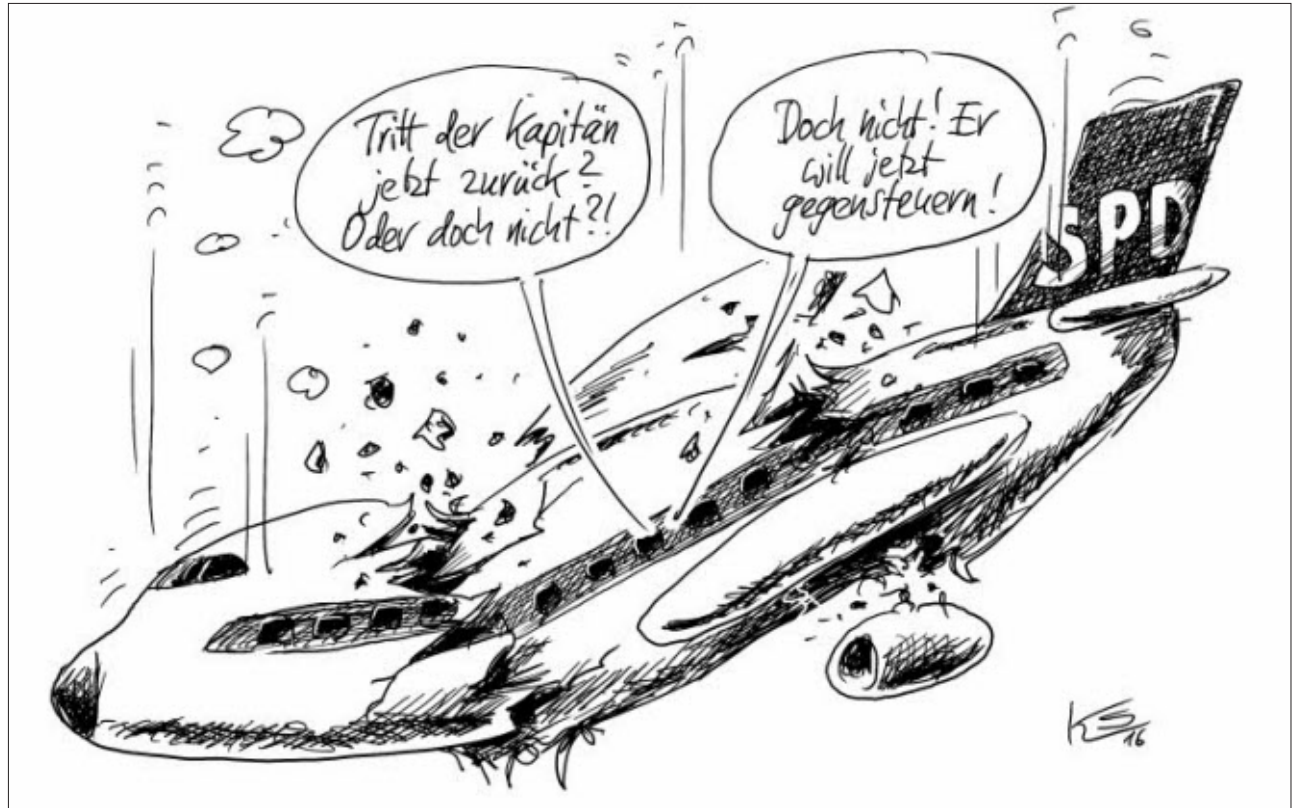
Gleichwohl ist es richtig, dass Gabriel die soziale Frage neu stellt, um darauf eine neue, moderne Antwort geben zu können. Es muss der SPD dabei jedoch gelingen, weg vom Image der Sozialstaatsklempterei zu kommen. Das bedeutet ja nicht, dass die SPD sich nicht mehr um Altersarmut, unbestreitbare Missstände im Niedriglohnsektor oder um Auswüchse bei der Leih- und Zeitarbeit kümmern sollte. Und dort, wo die Agenda 2010 trotz unbestreitbarer Erfolge zu sozialen Verwerfungen führte, muss die SPD korrigieren.

Aber bevor sich die Partei wieder ausschließlich in Detaildebatten verliert, sollte sie sich erst mal im Klaren darüber sein, welche Menschen die SPD als moderne linke Partei erreichen will und kann. Gabriel hat da bereits einen Vorstoß unternommen, hat die gehetzte Mitte in den Fokus der Partei rücken wollen. Jene Menschen also, deren Problem gar nicht so sehr der Kontostand ist, sondern der Umstand, dass die Flexibilitätswänge des modernen Berufslebens und die verschiedenen Anforderungen in der Familie mitunter kaum mehr an einem 24-Stunden-Tag zu bewältigen sind. Er hat deshalb die Digitalisierung der Gesellschaft, die Familien- und die Bildungspolitik als Gewinnerthemen ausgemacht.

Begeisterung erntete er in seiner Partei nicht. Aber wenn die SPD weiter nur den klassischen Arbeiter als Zielgruppe ausmacht, muss sie sich nicht wundern, wenn es noch weiter bergab geht.

► maron@badische-zeitung.de

Parteichef Gabriel sieht Potenzial bei der gehetzten Mittelschicht



KARIKATUR: STUTTMANN

Die Ungewissheit bleibt

Auch die Beschlüsse des griechischen Parlaments werden die Schuldenkrise kaum entschärfen

Von Daniela Weingärtner

Griechenland sei auf einem guten Weg, behauptet die EU-Kommission. Ohne einen Schuldenschnitt und zusätzliche weitere Einsparungen komme das Land niemals auf die Beine, sagt der Internationale Währungsfonds (IWF). Ein Fass ohne Boden, unreformierbar, urteilen viele EU-Experten hinter vorgehaltener Hand. In Wirklichkeit sind seriöse Prognosen gar nicht möglich.

Aussagen über die Haushalts- und Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre sind bestenfalls Spekulation, schlimmstenfalls Manipulation, denn sie rechnen mit zu vielen Unbekannten. Der Konsens der großen Parteien, der nach dem Beinahe-Bankrott des vergangenen Sommers für kurze Zeit bestand, ist längst wieder dahin. Inzwischen läuft es nach altem Muster, wenn auch mit umgekehrten politischen Vorzeichen: Die griechische Regierung macht Zusagen in Brüssel, die

Straße tobt, die Opposition im Parlament stimmt dagegen. Doch selbst wenn die Regierung Tsipras die von der EU verordnete Rosskur überlebt und die Reformen umsetzen kann, weiß niemand, ob dadurch die Wirtschaft in Schwung kommt oder vollends abgewürgt wird. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch. Der Binnenkonsum geht durch die sozialen Einschnitte weiter zurück. Und die Erwartungen der Tourismusbranche, die ein Viertel des BIP erwirtschaftet, sind auch nicht strahlend, weil Eurokrisensitzungen und Flüchtlingsdramen Griechenlands Image als sorgloses Reiseland beschädigen.

In der Nacht zu Montag hat das Parlament in Athen nun weitere Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen beschlossen, um seine europäischen Gläubiger und den Währungsfonds zufriedener zu stellen. Die Mitglieder der Eurogruppe bewerteten am Montag bei einem Sondertreffen in Brüssel die Parlamentsbeschlüsse und sprachen auch erstmals über mögliche Schuldenerleichterungen.

Doch auf die ursprünglich schon für Ende 2015 zugesagten Hilfsmilliarden wird die griechische Regierung weiter warten müssen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte zwar schon vor der Abstimmung in Athen, also ohne das Ergebnis des Votums zu kennen, die Sparziele für „praktisch erreicht“. Ähnlich äußerte sich Währungskommissar Pierre Moscovici vor Beginn des Treffens der Eurofinanzminister, als er betonte, die Eurogruppe solle „Erreichtes“ anerkennen.

IWF-Chefin Christine Lagarde ließ sich von derlei Zweckoptimismus allerdings nicht anstecken. Sie fordert weiter unbeirrt einen Schuldenschnitt für Griechenland plus „Reformen auf Vorrat“, falls trotz aller Bemühungen das Sparziel von 3,5 Prozent Etatüberschuss (vor Kreditzinsen) im Jahr 2018 nicht erreicht werden kann. Eine Mehrheit im Athener Parlament dafür ist nicht in Sicht. Die einzig seriöse Prognose besteht also darin, viele weitere Krisensitzungen zu Griechenland vorauszusagen. Seite 16

► weingartner@badische-zeitung.de

Viel Arbeit für die Mutter des Zwei-Grad-Ziels

BZ-PORTRÄT: Patricia Espinosa wird neue Chefin des UN-Klimasekretariats in Bonn / Rückenwind durch das Paris-Abkommen

Von Christian Mihatsch

Christiana Figueres, die Noch-Chefin des UN-Klimasekretariats, tritt ab, wenn es am schönsten ist. Bei der Klimakonferenz in Paris im vergangenen Dezember haben die Länder der Welt zum ersten Mal einen Klimavertrag verabschiedet, der sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer zur Begrenzung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet. Das Abkommen gilt daher als historisch. Nun hat UN-Chef Ban Ki-moon die Nachfolge von Figueres geregelt. Am 6. Juli wird die Mexikanerin Patricia Espinosa Cantellano die Leitung des UN-Klimasekretariats in Bonn übernehmen.

Auf die 57-Jährige wartet dort viel Arbeit: Zum einen beinhaltet das Paris-Abkommen mehr als 50 offene Punkte, die nun abgearbeitet werden müssen, wie eine Aufstellung des UN-Klimasekretariats zeigt. Zum anderen muss Espinosa die Länder dazu bewegen, sich ehrgeizigere Klimaziele zu setzen, damit das Zwei-Grad-Ziel nicht gerissen wird.

Viel Zeit hat sie bei beidem nicht: Derzeit zeichnet sich ab, dass schon dieses Jahr 55 Länder, die 55 Prozent der globalen Emissionen verursachen, das Paris-Abkommen ratifizieren werden. Anschließend tritt der Vertrag in Kraft – Jah-

re früher als erwartet. Wendel Trio, der Chef des Klimanetzwerkes CAN, ist zuversichtlich, dass Espinosa der Aufgabe gewachsen ist: „Ihre Fähigkeiten und Erfahrung werden nötig sein, damit die Regierungen ihre Anstrengungen erhöhen und die Ziele des Paris-Abkommens erreicht werden können.“

Erfahrung hat Espinosa. Nachdem die internationale Klimadiplomatie im Jahr 2009 in Kopenhagen auf Grund gelaufen war, musste Patricia Espinosa das Schiff wieder flott machen. Im Jahr 2010 wurde sie als damalige Außenministerin Mexikos die Präsidentin der UN-Klimakonferenz. Im Jahr zuvor hatte die internationale Klimapolitik ihren Tiefpunkt erreicht: Bei der Konferenz in Kopenhagen konnten sich die Länder noch nicht mal auf eine gemeinsame Abschlusserklärung einigen.

Als Gastgeberin der Folgekonferenz im mexikanischen Badeort Cancun war es dann an Espinosa, der Klimapolitik eine neue Perspektive zu geben. Dabei zeigte sie Mut zum Risiko. Die Verhandlungen hatten sich festgefressen und es drohte ein erneutes Debakel. In dieser Situation entschied sie einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten, der schließlich auch angenommen wurde. Der damalige Chef der Schweizer Verhandlungsdelegation, Staatssekretär Bruno Oberle, sagte dazu:



Patricia Espinosa FOTO: DPA

„Die Präsidentschaft war herausragend. Espinosa ist mit dem mexikanischen Vorschlag ein extremes Risiko eingegangen. Das war politischer Mut. Sie hat alles auf eine Karte gesetzt, aber am Schluss ist es gut gegangen.“

Einer der wichtigsten Punkte des Cancun-Abkommens war die Festschreibung des Zwei-Grad-Ziels. Dieses war zuvor nur eine Forderung der meisten Klimawissenschaftler. In Cancun haben sich die Länder der Welt dann zum ersten Mal dazu verpflichtet, die Klimaerwärmung tatsächlich auf zwei Grad zu begrenzen. Aus Sicht der Klimadiplomatie ist Espinosa da-

mit die Mutter des Zwei-Grad-Ziels. Jetzt kehrt sie unter deutlich besseren Vorzeichen in die Klimapolitik zurück: Das Pariser Klimaabkommen sorgt für Rückenwind. Bei ihrer neuen Aufgabe wird Espinosa allerdings ein noch anspruchsvolleres Ziel anstreben müssen: In Paris haben sich die Länder darauf geeinigt, die Klimaerwärmung auf „deutlich unter zwei Grad“ zu begrenzen. Dazu müssen die globalen Emissionen „so bald wie möglich“ ihren Höhepunkt erreichen und in der „zweiten Hälfte des Jahrhunderts“ auf Null sinken.

Zur Hilfe kommt ihr dabei das Momentum, das die Pariser Konferenz geschaffen hat. Dort haben sich nicht nur Länder, sondern auch Städte, Firmen, Investoren und viele internationale Organisationen auf diese Ziele verpflichtet. Durch den rasanten Preisverfall der erneuerbaren Energien sind diese zudem in vielen Ländern mittlerweile günstiger als fossile Energieträger.

Helfen dürfte ihr auch, dass sich Patricia Espinosa an ihrem neuen Arbeitsort Bonn zu Hause fühlen wird. Espinosa ist auf die deutsche Alexander-von-Humboldt-Schule in Mexiko-Stadt gegangen und spricht deutsch. Außerdem lebt sie schon in Deutschland: Seit dem Jahr 2013 ist sie die Botschafterin ihres Landes Mexiko in Berlin.

PRESSESTIMMEN

Defekte Funktion

Die Straßburger Zeitung „Les Dernières Nouvelles d'Alsace“ meint zu Griechenland:

„Mit den griechischen Schulden hat Europa den dauerhaften Nervenzusammenbruch erfunden. Das Treffen der Eurogruppe vom Montag – nur ein neues Kapitel in einem Psychodrama, das andauern wird. Denn es geht nicht nur um die gewaltigen und dramatischen derzeitigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen für die Griechen. Es ist die Funktionsweise der Eurozone, die defekt ist. Und die dringend neu überdacht werden muss.“

Ein zu hoher Preis

Die „Financial Times“ kommentiert zu Großbritannien und der EU:

„Zuwanderung ist eine schwierige politische Herausforderung für Nationen überall auf der Welt. Doch dynamische Volkswirtschaften können viel gewinnen, wenn sie talentierte Menschen aufnehmen, die arbeiten wollen. Großbritannien sollte in der EU bleiben und ausreichend in den Wohnungsbau und die Infrastruktur investieren (...). Die Angst der Briten (...) wird nicht leicht zu überwinden sein. Doch der Brexit wäre dafür ein zu hoher Preis.“